

Kleine Anfrage Alexander Feuz/Thomas Glauser/Niklaus Mürner/Janosch Weyermann (SVP): Klimademonstration in Bern: Lag Befangenheit der Gemeinderäte vor?

Frühmorgens am 21.9.2020 wurde der Bundesplatz von illegalen Demonstranten besetzt. Es wurden dabei Strohballen deponiert, Zelte installiert und offenbar mit einem handelsüblichen Schlüssel die Stromsäulen beim Bundesplatz hochgefahren und die Wasser-Hydranten vor der Nationalbank angeschlossen. Selbst wenn der Gemeinderat keine Informationen seitens der zuständigen Organe des Bundes erhalten haben sollte, musste er spätestens ab Montag 21.9.2020, 14.00 Uhr in Kenntnis über die statt gefundene Besetzung sein. Trotz Versprechungen seitens der illegalen Demonstranten wurde der Bundesplatz nicht freigeräumt und ein grosser Teil der Marktfahrer behindert, ihre Stände zu betreiben. Nicht einmal der unerlaubte Strom- und Wasserbezug wurde unterbrochen. Dies wäre ein leichtes gewesen, zumal am Montag kein Markt stattfand. Am Freitag, den 25.9.2020, wurde der ÖV-Verkehr zwischen Bern/Bümpliz und Saali, resp. Muri/Worb während Stunden lahmgelegt.

Der SVP wurde im Vorfeld die Durchführung einer Veranstaltung gegen die Begrenzungsinitiative untersagt. Auch Demomärsche der SVP wurden nicht bewilligt. Dies im Gegensatz zur Klima-Demo, die trotz fehlender Bewilligung akzeptiert wurde und den Verkehr während Stunden lahmlegen und deren Teilnehmer gratis Strom und Wasser beziehen durften.

Richard Wolff (Gemeinderat AL, Stadt Zürich, Exekutive) wurde als Polizeidirektor das Dossier (Koch Areal) entzogen, weil seine volljährigen Söhne in die Besetzung involviert waren.

<https://www.watson.ch/schweiz/zürich/432684614-richard-wolff-gibt-dossier-koch-areal-ab>

Die Fragesteller wollen allfällige betroffene Gemeinderäte nicht in Sippenhaft nehmen, gleichwohl müssten auch aus Gründen der Transparenz allfällige Interessenkonflikte offengelegt werden.

In diesem Zusammenhang ersuchen wir den Gemeinderat höflich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Befanden sich

a) nahe Angehörige/Verwandte von Gemeinderäten unter den illegalen Demonstranten/Besetzern des Bundesplatzes, resp. des Helvetiaplatzes?

b) enge Freunde von Gemeinderäten unter den illegalen Demonstranten/Besetzern des Bundesplatzes, resp. des Helvetiaplatzes?

Wenn ja, um welche Gemeinderäte handelt es sich, deren nahe Angehörige und enge Freunde unter den illegalen Demonstranten bei der Klimademo in Bern zwischen dem 21.9. und 25.9.2020 sich befanden?

2.1. Wieso traten die entsprechenden Mitglieder wegen Befangenheit resp.

Anschein der Befangenheit nicht wegen der Frage der sofortigen Räumung in den Ausstand (Gründe für Ausstand: nahe Angehörige und Bekannte könnten bei Polizeieinsatz verletzt und strafrechtlich – z.B. wegen Hinderung einer Amtshandlung, Gewalt und Drohung gegen Beamte u.a. – und zivilrechtlich – Schadenersatz gestützt auf die neuen Bestimmungen des Polizeigesetzes – sanktioniert werden). Der Anschein der Befangenheit genügt dabei für den Ausstand.

Im Umstand, dass Angehörige und nahe Freunde des Gemeinderates aufgrund fehlenden Eingriffs trotz klar illegaler Handlungen privilegiert wurden, sehen die Fragesteller eine unerlaubte Vorteilsannahme. Zudem konnten sie vom Gratisbezug von Strom und Wasser profitieren.

2.2. Treten die entsprechenden Mitglieder des Gemeinderates zumindest bei der Frage, ob die Kosten des Einsatzes und der Reinigung an die Veranstalter überbunden werden, in den Ausstand? Wenn ja, wieso? Wenn nein, warum?

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz, Thomas Glauser, Niklaus Mürner, Janosch Weyermann

*Mitunterzeichnende: Erich Hess, Ueli Jaisli, Daniel Michel, Kurt Rüegsegger, Hans Ulrich Gräni-
cher*

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1 und 2:

An der erwähnten Klima-Protest-Kundgebung auf dem Bundesplatz nahmen keine Verwandten von Gemeinderatsmitgliedern teil, welche eine allfällige Ausstandspflicht von Gemeinderatsmitgliedern im Rahmen von möglichen Entscheiden hinsichtlich des behördlichen Umgangs mit dieser Kundgebung hätten begründen können.

Hingegen ist es eine Tatsache, dass AUNS-Geschäftsführer und SVP-Mitglied Werner Gartenmann über Twitter unbegründete und an Verleumdung grenzende Gerüchte in Umlauf gebracht hat, welche eine einem Gemeinderatsmitglied verwandte Person in einen Zusammenhang mit der Teilnahme an dieser Kundgebung rückten. Der Gemeinderat bedauert, dass sich die Vorstösser dazu hergeben, solche polemisierenden, unbegründeten und auf Personen zielende Gerüchte als Anlass für einen parlamentarischen Vorstoss zu missbrauchen.

Bern, 4. November 2020

Der Gemeinderat